

Ausgabe 79

Nr.2 / 2010

FRIEDENS BLÄTTER

Einzelpreis

1 EURO

für die Friedensbewegung in Baden-Württemberg

Rückblick 50 Jahre Ostermarsch





Inhalt Editorial

Aufruf

Öffentliches Gelöbnis 30. Juli 2010
in Stuttgart
Seite 3

Bundeswehr

Das Militär erobert den öffentlichen Raum
von Elke Günther
Seite 5
Jugendoffiziere stellen nur die militärische Sicht dar
von Michael Schulze von Glaßer
Seite 7

Free Gaza Hilfskonvoi

Interviews mit der Teilnehmerin
Annette Groth, MdB, menschenrechts-
politische Sprecherin DIE LINKE.
im Bundestag
von Thomas Mitsch
Seite 8

Rückblick Ostermarsch

Auszug Ostermarschrede
von Bernhard Löffler DGB-Vorsitzender
Region Nordwürttemberg
Seite 10

Rücktritt Horst Köhler`s

aus der Zeitschrift Focus
und von Jochen Findeisen, Sabine Lösing
Seite 11

Impressum

Seite 12

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

kaum haben wir das 50 jährige Jubiläum zum Ostermarsch am 03. April gebührend begangen, da erschüttern Deutschland zwei innen- und außenpolitische Nachrichten. Am 31. Mai tritt Bundespräsident Horst Köhler mit sofortiger Wirkung zurück. Als Grund nannte Köhler die Kritik an seinen Äußerungen zum Afghanistan Einsatz - er vermisse den Respekt vor seinem Amt Die Unterstellung, er habe einen grundgesetzwidrigen Einsatz der Bundeswehr zur Sicherung von Wirtschaftsinteressen befürwortet, entbehre jeder Rechtfertigung. Und am 01. Juni erreichen uns die Nachrichten vom Überfall der israelischen Armee auf den internationalen Free Gaza Hilfskonvoi. Mindestens 9 Friedensaktivisten sterben und Dutzende werden verletzt darunter auch Schwerstverletzte. Diese Themen, sowie das öffentliche Gelöbnis der Bundeswehr am Freitag, den 30 Juli 2010, auf dem Schlossplatz in Stuttgart und den Aufruf der Friedensbewegung gegen dieses Gelöbnis, finden Sie in dieser Ausgabe. Zur Geschichte der öffentlichen Vereidigungen habe ich einen Text unser leider zu früh verstorbenen Friedensaktivistin und Mitherausgeberin der Friedensblätter Elke Günther gefunden, der heute erschreckend genauso aktuell ist, wie er damals war.



Ich bedanke mich bei allen Autoren/innen und Gruppierungen für ihre Beiträge sowie bei den Fotografen/innen für die Bilder. Zum ersten Mal seit 1999 kommt das Gelöbnis der Bundeswehr wieder nach Stuttgart. Zeigen wir unseren Protest – wir sehen uns am 30. Juli in Stuttgart.

Mit lieben Friedensgrüßen
Thomas Mitsch

FRIEDENSBLÄTTER! Wer abonniert ist informiert!

- Ich abonniere für 14 Euro im Jahr (jederzeit kündbar)
- Ich werde Fördermitglied im baden-württembergischen Förderverein Frieden e.V. Das bringt nicht nur die Friedensblätter ins Haus, sondern auch eine steuerlich absetzbare Spendenquittung.
Mein Jahresbeitrag: _____ € mindestens 30 EUR)

Name: _____

Adresse: _____

- ich überweise selbständig auf das Konto des Förderverein Frieden Nr. 196374704 bei der Postbank Stuttgart (60010070)
- ich zahle per Einzug jährlich (Abo) halbjährlich vierteljährlich

Bank: _____

Bankleitzahl: _____

Kontonummer: _____

Bitte Einsenden an: Friedensbüro Bad.-Württ.,
Spreuergasse. 45, 70372 Stuttgart
Fax: 0711-600718, Email: buero@friedensnetz.de

Unterschrift _____



Kein Werben fürs Sterben!

Protest gegen das Bundeswehr-Gelöbnis am 30. Juli 2010 in Stuttgart!

Die Bundeswehr hat sich in den letzten Jahren grundlegend verändert. Vor 20 Jahren konnte sich kaum jemand vorstellen, dass deutsche Soldaten in Afghanistan, im Kosovo, Kongo, im Golf von Aden und anderswo kämpfen. Immer mehr Menschen in Deutschland lehnen diese Politik ab und immer weniger sind bereit, Soldat zu werden und für angebliche „deutsche Interessen“ in fernen Ländern in den Krieg zu ziehen.

Darum wirbt die Bundeswehr immer häufiger in Schulen, Ausbildungsmessen und Arbeitslosenvermittlungen ihren Nachwuchs an - im letzten Jahr wurden die Ausgaben zur „Nachwuchswerbung“ von 12 Millionen auf 27 Millionen mehr als verdoppelt. Auch öffentliche Gelöbnisse, wie das am 30. Juli 2010 auf dem Stuttgarter Schlossplatz geplante, sollen die Akzeptanz und das Ansehen des Militärs in der Bevölkerung steigern. Selbst in Preußen haben Gelöbnisse und Vereidigungen im Kasernenhof stattgefunden - es hat nur eine Zeit in Deutschland gegeben, wo öffentlich gelobt und vereidigt wurde, und das waren nicht die Zeiten der Demokratie, sondern des blanken faschistischen Terrors. Doch seit 1980 werden Gelöbnisse in Deutschland wieder öffentlich gefeiert - meistens unter großem Protest der Bevölkerung.

Laut Grundgesetz darf die Bundeswehr ausschließlich für Landesverteidigung eingesetzt werden - in der Verteidigungspolitischen Richtlinie von 1992 aus dem Hause Rühle wurden allerdings die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“ als vitale deutsche Sicherheitsinteressen definiert.

Das Weißbuch der Bundeswehr, das die Agenda des deutschen Militärs für die nächsten zehn Jahre festlegt, empfahl 2006, dass die Bundeswehr in der Lage sein soll, gleichzeitig bis zu fünf „Stabilisierungseinsätze“ mit insgesamt bis zu 14.000 Soldaten zu leisten. Bis 2010 soll sich die Armee unterteilen in 35.000 Eingreif-, 70.000 Stabilisierungs- und knapp 150.000 Unterstützungskräfte. Interventionskriege und deren Vorbereitung sind eindeutig verfassungswidrig. Wir lehnen alle Auslandseinsätze der Bundeswehr entschieden ab.

Wir wollen kein Militärspektakel in unserer Stadt!

Die Bundeswehr versucht nun zum ersten Mal seit 1999 wieder in Stuttgart ein Gelöbnis zu feiern. Dank des großen Protests damals mied die Bundeswehr 11 Jahre Stuttgart. Jetzt sollen 33500 Euro Mehrkosten in die Neuauflage des Spektakels investiert werden.

Die Zeremonie selbst steht den Grundwerten einer zivilen emanzipatorischen und friedlichen Gesellschaft entgegen. Das Strammstehen, das gleichgeschaltete Marschieren, das Bewegen aufgrund militärischer Kommandos sowie die Wiederholung von Gelöbnisformeln lassen die einzelnen Personen unmündig und ihrer Individualität beraubt erscheinen. Es geht um die öffentliche Demonstration des Prinzips von Befehl und Gehorsam, um Hierarchie, um die Vereinnahmung des Individuums in eine Tötungsmaschinerie. Die Soldaten und Soldatinnen werden nicht aufs Grundgesetz, sondern auf den Staat vereidigt, unabhängig vom Inhalt der Politik, für die sie kämpfen sollen.

Über 70% der Bevölkerung lehnen derzeit den Afghanistan-Einsatz ab. Es ist wichtig, diese Ablehnung sichtbar auf die Straße zu tragen!

Wir rufen dazu auf, die Bundeswehr überall dort, wo sie öffentlich auftritt - also auf Bildungsmessen, in Schulen, Arbeitsämtern und eben auch bei diesem Gelöbnis - argumentativ zu stören und sie mit den Fakten ihrer Taten zu konfrontieren, nämlich unzähligen toten, verstümmelten, traumatisierten und unterdrückten Menschen.

Wir fordern alle zivilgesellschaftlichen Kräfte auf, sich im Vorfeld des Gelöbnisses öffentlich gegen das Gelöbnis auszusprechen und mit uns am 30. Juli lautstark und kreativ zu demonstrieren.

Nein zur Normalisierung von Krieg!

Nein zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr!

Nein zu öffentlichen Gelöbnissen!

Für eine Welt ohne Krieg!

Gegen das öffentliche Gelöbnis am 30. Juli 2010 in Stuttgart!



Organisationen

AGIF - Föderation der ArbeitsmigrantInnen in Deutschland, AIL - Antifaschistische Initiative Leonberg, AKI - Arbeitskreis Internationalismus Stuttgart, Antikriegsforum Heidelberg, Attac Regionalgruppe Schorndorf, ATIK - Konföderation der ArbeiterInnen aus der Türkei in Europa, ATIK-YDG - Neue Demokratische Jugend, DFG-VK Baden-Württemberg, DFG-VK Ludwigsburg, DGB-Jugend Nordwürttemberg, DIDF-Jugend, Die AnStifter, DIE LINKE. Kreisverband Stuttgart, DIE LINKE. Landesverband Baden-Württemberg, DKP Baden-Württemberg, DKP Rems-Murr, DKP Stuttgart, FAU Stuttgart, Friedensnetz Baden-Württemberg, Fraktion SÖS & DIE LINKE. im Stadtrat, GEW Bezirk Nordwürttemberg, Grüne Jugend Baden-Württemberg, Grüne Jugend Stuttgart, IMI - Informationsstelle Militarisierung e.V., JD/JL - JungdemokratInnen/Junge Linke, JUSO Bundesvorstand, Jusos Stuttgart, LB² - Libertäres Bündnis Ludwigsburg, Linksjugend [´solid] Baden-Württemberg, Linksjugend [´solid] Stuttgart, Marxistische Aktion Tübingen, Mauthausen Komitee Stuttgart, MLPD Baden-Württemberg, Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus, OAB-K - Offenes Antifaschistisches Bündnis Kirchheim, OTKM - Offenes Treffen gegen Krieg & Militarisierung Stuttgart, PaKo - Palästina Komitee Stuttgart, Revolutionäre Aktion Stuttgart, SJD - Die Falken Kv Bühl-Ortenau, Venceremos Gaggenau - Zentrum für Gegenkultur, Ver.di Bezirk Stuttgart, Ver.di Perspektive U35, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) Baden-Württemberg, VVN/BdA Rems-Murr

Einzelpersonen

Annette Groth - MdB DIE LINKE., Heike Hänsel - MdB DIE LINKE., Karin Binder - MdB DIE LINKE., Elisabeth Lauck-Ndayi - Freiburg, Monty Schädel - pol. Geschäftsführer DFG-VK, Sonnhild und Ulli Thiel - DFG-VK, Thomas Mitsch - Sprecher DIE LINKE. Wernau, Thomas Trünten - IGM Vertrauenskörperleiter, Werner Dierlamm - Pfarrer i. R., F. Gerhard Zahn - Stuttgart

(Stand 22.Juni 2010)



Elke Günther, 8. 4. 1948 - 28. 7. 2007

Das Militär erobert den öffentlichen Raum:

Gelöbnismarathon zur Kriegsvorbereitung

von Elke Günther

Die Republik wird in diesem Jahr von einem wahren Gelöbnismarathon ereilt. Sechshundertmal - das macht im Jahresdurchschnitt 1,65 mal am Tag - erklären an sechshundert verschiedenen Orten junge Männer: "Ich gelobe, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen". Ob sie es dabei spüren, dieses patriotische Kribbeln im Nacken, das sich beim kollektiven Unterwerfungsritus zuverlässig einstellen soll?

Wer als Wehrpflichtiger nicht geloben will, braucht es übrigens auch nicht zu tun. "Verweigerung des Gelöbnisses hat keine Rechtsfolgen", heißt es im Militärischen Taschenlexikon von 1961. Freilich braucht sich der Verweigerer auch nicht zu wundern, wenn er in seiner gesamten Dienstzeit nicht befördert wird - was im Geldbeutel deutlich zu spüren ist.

Demonstration gegen liberale Ideen

Die Wehrpflicht und Gelöbnis fußen übrigens nicht in preussisch-militaristischen Traditionen. Die Wehrpflicht hat ihren Ursprung in der französischen Revolution

Die Bürger wurden zu den Waffen gerufen, um die Revolution gegen ihre Feinde zu verteidigen. War der Feind vertrieben, sollte Schluss mit der Wehrpflicht sein. Auch das Gelöbnis wurzelt ursprünglich in demokratischen Volkserhebungen 1830 und 1848 als Bürger feierlich versprochen, Freiheitsrechte zu erobern und zu verteidigen. Nach der Niederlage der bürgerlichen Revolution wurde ihr ursprünglicher Sinn in sein Gegenteil verkehrt. Öffentliche Gelöbnisse wurden zur unverhüllten Demonstration des Staates gegen liberale Ideen. Die Armee wurde nicht - wie den Revolutionären 1848 zugesagt - auf die Verfassung vereidigt, sondern auf den König. In der Zusammenfassung der Dienstvorschriften der preußischen Armee von 1873 heißt es: "Das erste Erfordernis eines jeden Soldaten unserer Armee ist: religiöse Liebe und Anhänglichkeit an den König und Heilighaltung des geleisteten Eides der Treue". Was genau der Wehrpflichtige darunter zu verstehen hatte, erklärte Wilhelm II. bei einer Gelöbnisgroßveranstaltung im November 1891: "Ihr habt mir Treue geschworen, das heißt, ihr seid jetzt meine Soldaten... Bei den jetzigen sozialistischen Umtrieben kann es vorkommen, dass ich euch befehle, eure eigenen Verwandten, Brüder, ja: Eltern niederzuschießen. Aber auch dann müsst ihr meinen Befehl ohne Murren befolgen." Das Gelöbnis findet nun seinen Sinn darin, öffentlich den Bürger in das System des Drills einzupassen und ihn zu lehren, dass er als Einzelner gegenüber dem Höheren - dem Staat, verkörpert im Militär -

Militär - einen geringen oder gar keinen Wert besitzt. Für einen abstrakten Anteil an der Größe und Macht der Nation soll sich der Untertan freudig opfern, unterordnen, um Eins zu werden mit dem religiös überhöhten Staat.

Von der Verfassung zum Führer

Die Weimarer Republik vereidigte ihr Hunderttausend-Mann-Berufsheer zwar auf die Verfassung der Republik, nahm es aber hin, dass ihre höchsten Offiziere nicht nur erklärten, die Verfassung kümmern sie nicht, sondern auch entsprechend handelten. Die Eidesformel lautete: "Ich schwöre Treue der Reichsverfassung und gelobe, dass ich als tapferer Soldat das Deutsche Reich und seine gesetzmäßigen Einrichtungen jederzeit schützen, dem Reichspräsidenten und meinen Vorgesetzten Gehorsam leisten will." Am 2. Dezember 1933 schaffte Hindenburg den Verfassungseid ab. Dies war als Verbeugung vor den neuen Machthabern gedacht, entsprach aber durchaus auch dem eigenen Wunsch. Die Formel lautete nun: "Ich schwöre bei Gott diesen heiligen Eid, dass ich Volk und Vaterland allzeit treu und redlich diene und als tapferer und gehorsamer Soldat bereit sein will, jederzeit für diesen Eid mein Leben einzusetzen."

Nach Hindenburgs Tod wurde die Formel sofort wieder geändert. Die militärische Führung in Gestalt der Herren Blomberg und Reichenau dienten dem Führer und obersten Befehlshaber der Wehrmacht die folgende Eidesformel an: "Ich schwöre bei Gott diesen heiligen Eid, dass ich dem Führer des deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, dem Obersten Befehlshaber der Wehrmacht unbedingten Gehorsam leisten und als tapferer Soldat bereit sein will, jederzeit für diesen Eid mein Leben einzusetzen." 1935 führte Hitler unter Bruch des Versailler Vertrages die allgemeine Wehrpflicht ein. Öffentliche Gelöbnisse fanden jetzt häufig statt.

Vom Führer zum deutschen Volk

1956 - überall waren noch die Trümmer des letzten Krieges zu sehen - verabschiedete der Deutsche Bundestag am 21. Juli 1956 das Wehrpflichtgesetz. Es herrschte Kalter Krieg. "Diese Armee wurde nicht gegründet, um einen Staat zu verteidigen, sondern dieser Staat wurde gegründet, um eine Armee gegen den



Osten ins Feld zu stellen" kommentierte später Spiegel-Herausgeber Augstein. Die Bundeswehr wurde von Wehrmachtsoffizieren mit entsprechender "Berufserfahrung" aufgebaut. Berühmte Schleifer und Menschenschinder sorgten immer wieder für Skandale in der Truppe. Mit öffentlichen Auftritten hielt man sich vorläufig noch zurück. Dies nicht zuletzt deshalb, weil die neue Armee, in der der Naziungeist fröhliche Urstände feierte, sehr wenig Sympathie in der Bevölkerung fand.



In den frühen 70er Jahren, als "mehr Demokratie" gewagt werden sollte und die Wehrmachtsoffiziere in die Jahre gekommen waren oder ganz auf den ewigen Schlachtfeldern weilten, kam bei Teilen der Bundeswehrführung das von dem Militärreformer Wolf Graf von Baudissin erarbeitete Konzept des "Staatsbürgers in Uniform" und der "inneren Führung" in Mode. Die Entspannungspolitik machte es möglich, "Frieden ist der Ernstfall" hieß es jetzt. Gelöbnisse fanden hinter den Kasernentoren statt. Die Eidesformel selbst, in der das Grundgesetz nicht vorkommt, dafür aber der Soldat gelobt, "das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes zu verteidigen" - was fast beliebig interpretiert werden kann - wurde nicht in Frage gestellt.

Das Militär erobert die Straße

Zu Beginn der 80er Jahre, noch auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen um die Stationierung der atomaren US-Mittelstreckenraketen, traute sich die Bundeswehr vereinzelt wieder auf die Straße. Doch fast überall stießen die öffentlichen Gelöbnisse auf heftige Proteste. Richtig ernst gemacht mit der Eroberung

des öffentlichen Raums hat die Bundeswehr erst nach dem Ende der sozialistischen Staaten. Während noch allenthalben von der nun fälligen Friedensdividende gefaselt wurde, bereitete sich die Bundeswehrführung auf die neue Lage vor. Generalinspekteur Naumann legte mit den "verteidigungspolitischen Richtlinien" ein neues Strategiekonzept vor. "Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt..., Einflussnahme auf die internationalen Institutionen und Prozesse im Sinne unserer Interessen und gegründet auf unsere Wirtschaftskraft..." heißt jetzt der "Verteidigungsfall" der freilich auch einen

neuen "kriegstüchtigen Kämpfertypus" erfordert. "Kämpfen können und kämpfen wollen!" heißt die Parole, die bereits 1993 vom für die Ausbildung im Heer zuständigen General ausgegeben wurde. "Ethos, Erziehung, Sinnvermittlung und Motivation" müsse nun die Bundeswehr durchdringen.

Diese Politik wurde mit einer Neubesinnung auf die "Leistungen der Wehrmacht" verbunden. Als hätte es keine Nazis und keine Kriegsverbrechen gegeben, wird Tapferkeit an sich als eine Traditionslinie aufgebaut. Militärische Leistungen im Zweiten Weltkrieg, organisatorisches Können als solches, wird für würdigungswert erklärt. In dieses Bild passt die Umbenennung der zu DDR-Zeiten durchweg nach Antifaschisten benannten Kasernen im Osten der Republik.

Null Toleranz

Wohl auch um der Kritik, die Bundeswehr betreibe die Verharmlosung von Wehrmachtverbrechen entgegenzutreten, wurde in die Berliner Gedenkfeier zur Erinnerung an die Offiziere des 20. Juli als besondere Attraktion ein Großgelöbnis eingebaut. Seht her, die Bundeswehr steht in der Tradition der Offiziere des 20. Juli, soll die Botschaft lauten. Das ist nicht so geschmacklos wie manche meinen, denn wenn der Krieg am 20. Juli 1944 nicht schon verloren gewesen wäre, dann hätten ihn die Herren Offiziere auch nicht beenden wollen. Bundeskanzler Schröder brillierte bei der Gelöbnisfeier mit fundierten Kenntnissen der jüngeren Geschichte: Die Soldaten wüssten, dass die Bundeswehr "schon bei ihrer Gründung auf neue, wenn man so will: antimilitaristische Fundamente gestellt" wur-

de. Etwa an der Stelle, als Schröder dem geneigten Publikum erklärte, "Bundeswehrsoldaten haben als Kämpfer für die Freiheit wirken können", begannen einige der versammelten Damen und Herren die nationale Feierstunde mit ansprechend bunten Regenschirmen, dunklen Traueranzügen und spliternackten Tatsachen aufzuheitern. Die blamierte Staatsgewalt reagierte sauer: 13 Haussuchungen, gegen 14 Personen wurden Ermittlungen wegen des Verdachts der Urkundenfälschung eingeleitet. Sogar Haftbefehle gab es. Wegen Lächerlichmachung der Bundeswehr?

Gelöbnisse sind Kriegsvorbereitung

Die Bundesrepublik Deutschland hat zum ersten Mal in ihrer Geschichte Krieg geführt. Ein Krieg, in dem mindestens 3000 Menschen starben, ein Krieg der Not und Zerstörung über die betroffene Bevölkerung brachte und auf lange Zeit irreparable Umweltschäden hinterließ. Die eine Hälfte der bundesdeutschen Bevölkerung war schließlich gegen den Krieg, aber auch der befürwortende Teil zeigte wenig nationale Begeisterung. Mit einer solchen Haltung lässt sich kein für die Bundesrepublik verlustreicherer Krieg führen. Eine Armee, die Eroberungsfeldzüge führen soll, muss mehr als nur akzeptiert sein. Die Mehrheit der Bevölkerung muss sich mit ihr identifizieren, "unsere Jungs werden's denen schon zeigen", die Armee muss von der ganzen Bevölkerung getragen sein, ja Begeisterung hervorrufen. Von diesem Zustand sind wir erfreulicherweise noch ein ganzes Stück entfernt. Das zeigt auch die hohe Zahl der Kriegsdienstweigerungen. In Großstädten finden öffentliche Gelöbnisse häufig im Polizeikessel statt, kaum ein größerer Ort, in dem angekündigte Gelöbnisse keinen Protest hervorrufen. Das soll sich bald ändern. Zunächst geht es darum, größere Akzeptanz für die Bundeswehr zu schaffen. Der häufige Auftritt von uniformierten jungen Männern die auf öffentlichen Plätzen feierlich verkünden, der Bundesrepublik treu dienen zu wollen gehört zu diesen akzeptanzschaffenden Maßnahmen. Öffentliche Gelöbnisse sind letztlich kriegsvorbereitende Maßnahmen. Dies unmissverständlich klarzumachen, ist Aufgabe der Friedensbewegung.

Elke Günther gehörte der Friedensbewegung seit Anfang der 80er Jahre bis zu ihrem Tod im Jahr 2007 an.



Jugendoffiziere stellen nur die militärische Sicht dar

von Michael Schulze von Glaßer

Jugendoffiziere stellen nur die militärische Sicht dar. Die Bundeswehr vereinbart immer mehr Kooperationen mit den Schulministerien. Ein Gespräch mit Stephan Lippels



Stephan Lippels ist Lehrer und in der AG Friedliche Schule der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) -München aktiv

In vier Bundesländern gibt es bereits Kooperationsvereinbarungen zwischen Bundeswehr und Schulministerien – am morgigen Donnerstag soll eine weitere für Mecklenburg-Vorpommern unterzeichnet werden. Warum protestieren Sie dagegen?

Lehrer müssen die Freiheit haben, Experten in ihren Unterricht einzuladen oder auch nicht. Mit den Kooperationsvereinbarungen und den darin vorgesehenen jährlichen Evaluationen wird Druck auf die Lehrkräfte ausgeübt, die Armee in den Unterricht zu holen. Für die Schüler haben Bundeswehreinsetze im Schulunterricht den Nachteil, dass kein kontroverser Unterricht stattfinden kann, sondern nur einseitig aus Sicht der Armee informiert wird. Unsere Kritik geht aber noch weiter: Die Bundeswehr wird immer öfter völkerrechtswidrig im Ausland und grundgesetzwidrig im Inland eingesetzt. Es geht darum, die Militarisierung der gesamten Gesellschaft zu verhindern.

Befürworter dieser Abkommen führen an, Jugendoffiziere seien durch ihre Erfahrung viel besser für die Vermittlung sicherheitspolitischer Themen geeignet

werden. als Lehrer. Das klingt doch erst einmal einleuchtend ...

Die politische Bildung – auch in Fragen der Sicherheitspolitik – gehört in die Hände dafür ausgebildeter Pädagogen und nicht in die von Offizieren. Der Einsatz der Militärs hat darüber hinaus den Nachteil, dass nur eine einseitige Sicht präsentiert wird – die Jugendoffiziere sind nämlich verpflichtet, die Position des Verteidigungsministeriums und der Bundesregierung wiederzugeben.

Da lernen die Kinder dann zum Beispiel, dass man nicht dafür belangt wird, wenn man 140 Afghanen tötet – wie es Bundeswehr-Oberst Klein beim Kundus-Massaker vorgemacht hat. Den Schülern wird der Einsatz von Soldaten als etwas Normales präsentiert, dabei sollten militärische Mittel gerade in Hinblick auf die Geschichte Deutschlands geächtet werden.

Am 30. Juli will die Bundeswehr in der Stuttgarter Innenstadt vor dem Neuen Schloss ein öffentliches Gelöbnis abhalten. Dies ist das erste derartige Militärspöktel seit 1999 in Stuttgart und es gilt ein klares Zeichen zu setzen, dass wir die Militarisierung des öffentlichen Raumes nicht zulassen. Durch solche Veranstaltungen versucht die Bundeswehr ihre weltweiten Kriegseinsätze der Gesellschaft als alltäglich und unabdingbar zu vermitteln – und dies obwohl über 70% der Bevölkerung gegen den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan sind. Wir fordern alle zivilgesellschaftlichen Kräfte auf, sich im Vorfeld öffentlich gegen das Gelöbnis auszusprechen und mit uns am 30. Juli lautstark und kreativ ein Antikriegs-Fest auf dem Schlossplatz zu feiern.



Anders als Jugendoffiziere sind Lehrer verpflichtet, bei politischen Themen beide Seiten darzustellen. Die Bundeswehr versucht aber auch, die Lehrkräfte zu »Experten« zu machen: Sie fordert, die Ministerien sollen immer mehr Veranstaltungen der Bundeswehr als Aus- und Fortbildungsmaßnahmen anerkennen.

Die Bundeswehr behauptet – was auch in den bisherigen Vereinbarungen festgehalten ist – die Jugendoffiziere würben nicht für den Dienst an der Waffe, sondern informierten nur über die Sicherheitspolitik.

Und genau das stimmt nicht. Der Einsatz der Jugendoffiziere hat offenbar nicht das vordergründige Ziel, Nachwuchs zu rekrutieren – es geht wohl mehr darum, eine für das Militär güns-

tige Stimmung in der Bevölkerung zu erzeugen. Aber dennoch haben solche Schulveranstaltungen einen Werbeeffekt. In den verteilten Bundeswehr-Broschüren und Flugblättern kann man denn auch nachlesen, wo der nächste Wehrdienstberater zu finden ist. Die kommen mitunter aber auch direkt in die Schulen. Sowohl Landesverbände als auch der Bundesverband der GEW haben sich schon mit dem Thema befasst. Wie steht die GEW zu den Kooperationsabkommen?



Im März hat der Hauptvorstand einen Beschluss gegen den Einsatz der Bundeswehr an Schulen gefasst. Darin wird gefordert: »Keine Pädagogin und kein Pädagoge und keine Schülerin und kein Schüler dürfen zur Teilnahme an und Durchführung einer Veranstaltung mit Angehörigen der Bundeswehr gezwungen werden.« Auch Waffenschauen auf Schulgelände oder Exkursionen in Kasernen fallen darunter. Wenn ein Jugendoffizier in den Unterricht eingeladen wird, soll laut GEW auch ein Friedensaktivist eingeladen werden.

Zudem ruft die Gewerkschaft zu Aktionen gegen Bundeswehr-Werbeveranstaltungen an Schulen auf. Viele Jugendgruppen sind schon gegen die Militarisierung der Bildungseinrichtungen aktiv – wir wollen versuchen, sie zu unterstützen. Wir hoffen auch auf den nächsten Bildungsstreik Anfang Juni. Wir werden die Gelegenheit nutzen, um das Thema in die Öffentlichkeit zu tragen.

Junge Welt 02. Juni 2010



Stoppt die Gewalt! Frieden für Palästina! Der nächtliche Sturm der israelischen Marine am Sonntag, den 30 Mai, auf einen Schiffskonvoi für Gaza endet anders als geplant – mit einem Blutbad

Vor und nach dem Überfall konnte ich Interviews mit Annette Groth, MdB, menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag führen.

Dienstag, 25. Mai 2010: Telefoninterview mit Annette Groth menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE z. Zt. auf Kreta zu ihrer Teilnahme an der internationalen Flottille „Free Gaza“



l.: Anne Wright, ehem. US Kongressabgeordnete, r.: Annette Groth, MdB auf Kreta

Thomas Mitsch: Annette du bist gerade auf Kreta. Was machst du gerade?

Annette Groth: Eigentlich wollten wir von Zypern aus starten. Aus organisatorischen Gründen und weil die Zyprioten politischen Druck aus Israel erhalten sind wir jetzt hier in Kreta mit zwei wie man sich verhält sollte es zu Schiffen vor Anker. Im Moment haben wir ein Training zur Vorbereitung Konfrontationen mit israelischen Sicherheitskräften kommen. Andererseits weiß man auch noch nicht wie sich die Behörden von Palästina verhalten werden. Wir sind 5 Deutsche darunter auch meine Kollegin Inge Höger, abrüstungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. Insgesamt sind wir hier in Kreta ca. 50 Teilnehmer aus 7 Nationen die aus den USA, Malaysia, Irland, Norwegen, Holland, Belgien und Deutschland kommen. Übrigens kommen 1/5 der Spendengelder für die Flottille von Juden aus den USA. Auch Journalisten sind mit an Bord u.a. aus den USA. Morgen früh soll es losgehen.

T.M.: Die Flottille mit Hilfsgütern gegen die völkerrechtswidrige Blockade

Gazas besteht aus 8 Schiffen. Wo sind die anderen Schiffe?

A.G.: 1 Passagierschiff mit 600 Personen kommt aus der Türkei zusammen mit 2 Cargoschiffen, die medizinische Hilfsgüter wie Medikamente, Rollstühle sogar ein Röntgengerät, Zementsäcke, anderes Baumaterial, Fertighäuser und Lehrmaterial geladen haben. Auch Gewürze die an der Grenze Palästinas nicht durchgelassen wurden und typisch für die einheimischen Gerichte sind und sogar „Kinderschuhe“ die laut israelischen Angaben „sicherheitsrelevante Güter“ sind. 2 Schiffe kommen von Griechenland und 1 Frachtschiff „MV Rachel Corrie“ ist seit dem 15. Mai aus Irland unterwegs und wird gerade in Portugal beladen. Insgesamt sollen so 10000 Tonnen Fracht mit dringend benötigten Hilfsgütern zu den Menschen in Gaza gebracht werden.

T.M.: Warum wird die Blockade von Gaza als völkerrechtswidrig bezeichnet?

A.G.: „Nach Artikel 55 und 56 des Vierten Genfer Abkommens über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten hat Israel die Pflicht, die Versorgung der Bevölkerung in Gaza mit Nahrungs- und Arzneimitteln sowie die Aufrechterhaltung der medizinischen Infrastruktur mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln sicherzustellen. Als Kollektivstrafe gegen die Zivilbevölkerung verletzt die Blockade auch Art. 33 des Abkommens. DIE LINKE fordert die Aufhebung dieser völkerrechtswidrigen Blockade.“

T.M.: Wo und wie wollt ihr in Gaza an Land?

A.G.: Das wissen wir selber nicht und wird aus sicherheitsrelevanten Gründen vorerst auch nicht bekannt gegeben.

T.M.: Ihr erwartet Widerstand aus Israel. Was ist passiert, oder besser gesagt wurde gedroht?

A.G.: Die IDF (Israel Defense Forces) hat ihre Entscheidung angekündigt die Flottille zu blockieren, die Versorgungsgüter in den belagerten Gazastreifen bringen will. Außerdem wollen uns ca.15 Boote mit israelischen Siedlern "begrüßen" und

uns auch daran hindern, nach Gaza zu kommen. Wir freuen uns über den Appell der irischen Regierung an die israelische Regierung, sie möge die Sicherheit der Passagiere und der Fracht auf ihren Weg in den belagerten Gaza-Streifen gewährleisten. Der irische Botschafter in Tel Aviv, Breifne O'Reilly, suchte diese Woche das israelische Außenministerium auf, um eine friedliche Lösung für die sichere Lieferung der Hilfsgüter zu ermöglichen.

T.M.: Danke für das Interview und passt auf Euch auf



Das türkische Hilfsschiff „Mavi Marmara“

Interview mit Annette Groth bei der Pressekonzferenz am 4.6. 2010 zu den Angriffen auf die Gazahilfsflotte im Haus der Katholischen Kirche in Stuttgart.

Thomas Mitsch: Annette, erstmal herzlich willkommen. Ich freue mich dich gesund wieder zu sehen. Erst letzten Sonntag habe ich ein Telefoninterview mit Dir gemacht, als du kurz vor der Weiterfahrt auf Kreta ein Training absolviertest. Wie ging es weiter?

Annette Groth: Eigentlich hätten wir mit der Challenger1 weiterfahren sollen, aber wie die Challenger 2 hatten wir technische Probleme, sodass wir am 29.5. auf das türkische Passagierschiff „Mavi Marmara“ umgestiegen sind. Die Vermutung einer Sabotage wurde von einigen geäußert.

T.M.: Wer war bei der deutschen Delegation dabei?

A.G.: Die deutsche Delegation bestand aus dem Völkerrechtler Norman Paech, dem stellvertretenden IPPNW-Vorsitzenden und Frankfurter Arzt Matthias



Jochheim, dem Mitglied der Palästinensischen Gemeinde Deutschland Nader al Sakka, meiner Bundestagskollegin Inge Höger und mir.

T.M.: Wie war die Stimmung an Bord?

A.G.: Es war eine muntere Stimmung, man könnte fast meinen euphorisch. Einige spielten Instrumente und sangen Lieder. Al Jazeera machte konstant Interviews und sendete sie in die Welt. Auf der „Mavi Marmara“ waren wir Frauen auf dem untersten Deck dem „Frauendeck“ untergebracht ein Deck darüber die Männer.

T.M.: Was passierte auf hoher See in internationalen Gewässern?

A.G.: Nun, am 31. Mai, es muss so gegen 20 nach vier Uhr morgens gewesen sein, wurden wir Frauen – wir waren unten auf dem Frauendeck, - aufgefordert, Schwimmwesten anzulegen, da israelische Schiffe um unser Schiff seien. Um 5.20 kam die Durchsage des Kapitäns, dass die israelische Marine die Kontrolle über das Schiff übernommen hat, und dass wir ruhig bleiben und keinen Widerstand leisten sollten. Wir hörten komische Geräusche, Treppengeläufe. Nach ca. einer ¾ Stunde sollten wir eine Etage höher, aufs Männerdeck. Da waren wir eine ganze Weile, gut bewacht von schwer bewaffneten israelischen Soldaten, die uns von draußen in Schach hielten. Haneen Zoubi, eine palästinensisch-isra-elische Parlamentarierin, ging nach einer Weile durch den Gang und hielt den Soldaten durch die Scheiben ein Schild auf Hebräisch hin, dass man dringend ärztliche Hilfe und Medikamente bräuchte.

Nach einer Weile wurden wir einzeln auf das Außendeck beordert, wurden gefilzt, die meisten Sachen wurden uns abgenommen. Ich konnte meine Bauchtasche behalten mit Portemonnaie, Diplomatenpass und M3 Player. Wir wurden alle mit Kabelbindern gefesselt, ich als eine der wenigen sogar mit den Händen auf dem Rücken.

T.M.: Hattet ihr Verletzte oder Tote?

A.G.: Ja, es machte die Runde, dass es 4 oder 5 Tote gegeben hätte und etliche Verletzte. Die Verletzten wurden später auf das höhere Deck getragen, und zwar mit dem Kopf nach unten - anstatt umgekehrt. Wie mir eine britische Krankenschwester später erzählte, mussten die Verletzten 1 ¾ Stunden auf medizinische Versorgung warten!

A.G.: Schon, aber ich versuchte mich, mit meinem mp3 Player abzulenken und habe die Brandenburger Konzerte von Bach gehört, bis ein Soldat mir den mp3 Player wegnahm.



Annette Groth beim Interview in Stuttgart

Einige Stunden später konnten wir wieder auf das ehemalige Männerdeck – getrennt nach den Geschlechtern - und erhielten Wasser und Kekse. Alle Gepäckstücke waren offen, teilweise aufgeschlitzt und lagen auf einem Haufen. Vieles lag auf dem Boden, z.B. eine kaputte Brille, Zigaretten, After Shave etc.. Unter den europäischen, aber auch mit den englisch sprechenden Türkinnen hat sich so eine Art von internationaler Frauensolidarität entwickelt. Und wir haben uns gegenseitig versprochen, dass wir in Zukunft enger auf europäischer und internationaler Ebene zusammenarbeiten wollten. Unter den Frauen war z. B. eine Türkin, deren Mann morgens erschossen wurde, eine palästinensische Israelin vom Free Gaza Orga Team, eine südafrikanische Journalistin, eine US-amerikanische Journalistin und Producerin, eine Norwegerin, eine junge Belgierin und eine britische Krankenschwester.

T.M.: Wann und wie wurdet ihr freigelassen?

A.G.: Gegen 19.00 erreichten wir Port Ashdod, Israel. Um 20.30 Uhr ging ich zu einem Soldaten und sagte, dass ich Kontakt mit meiner Botschaft will. Gegen 21.15 konnten Inge Höger und ich dann von Bord. Im Hafen von Aschdod hatten die Israelis eine Zeltstadt aufgebaut. Man war gut vorbereitet, dass alles erscheint mir im Nachhinein minutiös und generalstabsmäßig geplant. Das Terrain mit den Zelten war abgesperrt und militärisch bewacht. Draußen war eine Demo aus Solidarität mit uns, wir konnten Hupen und Trillerpfeifen hören, was uns allen gut tat. Gegen 02:00 Uhr morgens, am 01.06. 2010, wurden wir fünf Deutsche mit einem Gefängnisbus zum Abschiebebereich des Flughafens gebracht, um 6.20 startete

die Maschine Richtung Berlin.

T.M.: Was waren Deine Motive an dieser Hilfsaktion teilzunehmen und würdest du wieder an so einer Aktion teilnehmen?

A.G.: Ich bin vor einiger Zeit von pax christi gefragt worden, ob ich bei dieser Hilfsaktion mitmachen wollte. Und das habe ich gern gemacht.



Ich wollte auf die menschliche Notlage im Gazastreifen durch die Blockade hinweisen und darum wollten wir auch die vielen Tonnen Hilfsgüter dahin bringen. Hier geht es um 1.5 Millionen Menschen die kollektiv bestraft und in ihrem eigenen Land gefangen gehalten werden, davon die Hälfte unter 18 Jahren. Menschen sterben dort, weil keine Medikamente vorhanden sind. Es ist eine Farce, wenn die israelische Regierung behauptet, es gäbe keine humanitäre Katastrophe im Gazastreifen.

Durch meinen Diplomatenstatus konnten ich und meine Parlamentskollegin Inge Höger unseren mitreisenden Delegationsangehörigen auch einen gewissen Schutz bieten.

Und, ja ich würde es wieder machen, aber wir hoffen jetzt auf ein Ende der Blockade.

T.M.: Vielen Dank für das Gespräch

Annette Groth ist menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Thomas Mitsch ist Landessprecher der LAG roter reporter/innen BaWü





Rückblick Ostermarsch 2010



Nach 50 Jahren sind die Ostermärsche aktuell wie am ersten Tag. Wenige Tage vor Ostern bewiesen dies nicht zuletzt die Schlagzeilen über den Krieg in Afghanistan und die Meldungen über neue Opfer, die die Bundeswehr zu beklagen und solche, die sie zu verantworten hat. Mit 1500 MarschiererInnen war auch in diesem Jahr der baden-württembergische Ostermarsch in Stuttgart einer der größten der über 70 Ostermarschveranstaltungen im ganzen Bundesgebiet. Stellvertretend für die sechs RednerInnen, die auf Auftakt- und Schlusskundgebungen zu Wort kamen, zitieren wir Auszüge aus der Rede von Bernhard Löffler, neuer Vorsitzender der neuen DGB-Region Nordwürttemberg.



Bild: Margit Lochmiller

„Der Rüstungshaushalt ist der höchste in der Geschichte der BRD – und das in der Zeit der Krise - in welcher an allen Stellen unseres Sozialstaates Geld fehlt! ... Diese Rüstungsausgaben können wir uns nicht leisten! Die Kriege und ihre und ihre Folgekosten können wir uns nicht leisten.

Wir wollen auch weiterhin den Sozialstaat und wir wollen Frieden – denn der Rüstungswahnsinn ist viel zu teuer! ... Die Politik der NATO und der Bundesre-



Bernhard Löffler, DGB-Vorsitzender Region Nordwürttemberg in Afghanistan stößt zunehmend auf Ablehnung, denn die große Mehrheit

der Deutschen will den perspektivlosen Krieg in Afghanistan so schnell wie möglich beenden.

Wir fordern daher:

Den Rückzug aus Afghanistan

Spätestens seit dem Massaker in Kundus,

bei dem durch den Befehl eines deutschen Oberst ca. 150 Menschen starben, ist klar: wir sind mit unseren Soldaten im Kriegseinsatz. Und dann folgte, fast unweigerlich, so scheint's, ein neuer Beschluss: Jedoch: nicht das Ende des Krieges wurde beschlossen, sondern die Ausweitung: Mehr Waffen, mehr Soldaten, mehr Tod! Dabei wäre das Ziel doch klar – wie schon vor 50 Jahren geht es darum "Frieden zu schaffen – ohne Waffen". Das weiß doch jedes Kind! – Doch genau dieses Wissen ist in Gefahr: Während der Unterricht in den Schulen durch Stellenkürzungen und Lehrermangel gefährdet ist, wird in einer Vereinbarung zwischen Landesregierung und der Bundeswehr ein neuer „Inlandseinsatz“ vereinbart: ... Diese offensichtliche Militarisierung ist ein beispielhaftes Zeichen dafür, dass wir nicht nachlassen dürfen in unseren Bemühungen für den Frieden: Denn offensichtlich haben die Verantwortlichen noch immer nicht verstanden: In allen Ländern dieser Erde leben Menschen, Menschen, die ein Recht auf ein friedliches Zusammenleben haben – die sich für sich und ihre Familien Frieden wünschen! Es kann also nicht darum gehen, Frieden mit Waffengewalt schaffen zu wollen, Es geht darum, eine friedliche Welt zu bauen: und dazu bedarf es keiner Waffen:

Auch im 50. Jahr der Ostermärsche fordern wir, was selbstverständlich sein sollte: Frieden, Abrüstung, Entwicklung, zivile Hilfe für die Notleidenden und eine offene, demokratische Gesellschaft in sozialer Gerechtigkeit. ...“



Bundespräsident Horst Köhler tritt zurück

Bundespräsident Horst Köhler trat am 31. Mai 2010 von seinem Amt zurück. Köhler zog damit allen Anschein nach die Konsequenz rund um seine Aussage zum Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan: „deutsche Militäreinsätze würden auch zur Wahrung von wirtschaftlichen Interessen unserer Republik und zwecks Sicherung von Arbeitsplätzen in Deutschland geführt werden“.



Bundespräsident a.D. Horst Köhler

Da erscheint die Äußerung von Köhler in einem neuen Licht.

USA finden gewaltige Bodenschätze (Artikel vom Focus 14. Juli 2010)

Laut US-Experten ist Afghanistan im Besitz von Bodenschätzen im Wert von mehr als einer Billion Dollar. Die Bodenschätze, darunter Lithium, Eisenerz, Kupfer, Kobalt und Gold, könnten dem krisengeschüttelten Land einen wirtschaftlichen Schwung verleihen. Zwei chinesische Firmen wollen vier Milliarden Dollar in die Kupfermine von Aynak investieren.

Afghanistan könnte einem Zeitungsbericht zufolge im Besitz von bisher unentdeckten Bodenschätzen im Wert von einer Billion Dollar sein. Die Vorkommen von Lithium, Eisen, Kupfer, Kobalt und Gold seien so riesig, dass das verarmte Land zu einem der weltgrößten Bergbauzentren avancieren könnte, berichtete die „New York Times“ am Montag auf ihrer Internetseite unter Berufung auf US-Regierungsmitarbeiter. Vertreter des Washingtoner Verteidigungsministeriums

und US-Geologen hätten die Metallreserven entdeckt. Einer internen Ministeriumsnotiz zufolge könnte Afghanistan für Lithium den Stellenwert erhalten, den Saudi-Arabien für Öl hat. Lithium ist der Kernrohstoff für die Produktion von Akkus für Laptops oder Handys.

„Es gibt hier ein erstaunliches Potenzial“, erklärte der Kommandeur des Central Command der US-Streitkräfte, General David Petraeus, der Zeitung zufolge. Auch die Eisen- und Kupferadern seien groß genug, um das Land zu einem der führenden Produzenten zu machen, berichtete die „New York Times“. Laut Petraeus bieten die Funde Afghanistan „atemberaubende Möglichkeiten“. Sie könnten „das Rückgrat unserer Wirtschaft werden“, sagte auch der Berater des afghanischen Bergbauministeriums, Dschalil Dschumriani.

Sowjetische Vorarbeit

Entdeckt wurden die Rohstoffvorkommen mit Hilfe von Karten- und Datenmaterial sowjetischer Bergbauexperten, die noch aus der Zeit der sowjetischen Besatzung in den 80er-Jahren stammen. Nach dem Rückzug der sowjetischen Soldaten und dem darauffolgenden Chaos nahmen afghanische Geologen die Karten an sich, wie die „New York Times“ weiter berichtete. Erst nach dem Sturz der Taliban Ende 2001 förderten sie die Informationen wieder zu Tage. „Es gab Karten, aber wegen der Kriege blieb die Entwicklung 35 Jahre lang stehen“, sagte der afghanische Ingenieur Achmed Hudschabre, der in den 70er-Jahren für das Bergbauministerium arbeitete. Laut US-Regierungsvertretern wurde der afghanische Präsident Hamid Karsai kürzlich über die Funde informiert.

Wie die Zeitung schreibt, verteilen sich die Vorkommen über das gesamte Land – so auch im Süden und Osten an der Grenze zu Pakistan, wo der Aufstand der Taliban-Rebellen besonders ausgeprägt ist. Weil Afghanistan keine Bergbauindustrie hat, könne es Jahrzehnte dauern, bis die Vorkommen ganz erschlossen werden.

Zur Person:

Am 01. Juli 2004 trat der heutige Bundespräsident Horst Köhler sein Amt an. Immer wieder machte der zunächst umstrittene, ehemalige Geschäftsführende Direktor des Internationalen Währungsfonds IWF durch kritische, aber viel beachtete Kommentare zu Fragen aktueller

Politik von sich reden. Mal ging ihm die Agenda 2010 nicht weit genug, mal setzte sich der Sohn bessarabiendeutscher Bauern erfolgreich für den Erhalt des 03. Oktober als Tag der deutschen Einheit ein, mal eckte er mit Äußerungen zur Angleichung der Lebensqualität zwischen Ost und West an. Am 24. Oktober 2006 verweigerte Köhler seine Unterschrift unter das Flugsicherungsgesetz der Großen Koalition, weil die Privatisierung der Deutschen Flugsicherung seiner Ansicht nach nicht mit dem Grundgesetz vereinbar sei.

Meinungen:

Horst Köhler hat sich entschlossen, vom Amt des Bundespräsidenten zurück zu treten. Dieser Schritt muss respektiert werden. Jetzt treten wieder diejenigen in Aktion, die meinen, sie müssten Horst Köhler noch eine Schaufel voll Dreck hinterher werfen. Besonders eifrig sind diejenigen, die sich durch Köhlers Äußerungen demaskiert fühlen. Seit dem Angriff auf die souveräne Bundesrepublik Jugoslawien im Jahre 1999 ist Krieg wieder eine Option der europäischen und deutschen Außenpolitik. Köhler sprach es offen aus: es geht um militärische Absicherung wirtschaftlicher Ziele deutscher, amerikanischer und europäischer Konzerne – und nicht etwa darum, kleinen Mädchen den Schulbesuch zu ermöglichen oder in Afghanistan die Demokratie einzuführen. Dass gerade Sozialdemokraten, Grüne und Liberale die jetzt die Verfassungswidrigkeit von wirtschaftlich motivierten Militäreinsätzen im Ausland unterstreichen ist schiere Heuchelei! Zur Erinnerung: Es war der Außenminister Fischer (Bündnis 98/Grüne), der die ersten Bomber nach Jugoslawien schickte.

Jochen Findeisen 03. Juni 2010

....Die Operation zur Bekämpfung der Piraterie vor dem Horn von Afrika- ATALANTA- beweist nichts anderes, als dass die köhlerschen Forderungen schon längst gängige Praxis der EU-Militärpolitik sind. Die Ereignisse um den Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler bringen deshalb vor allem die typische Scheinheiligkeit der deutschen Debatte um Militäreinsätze ans Licht. Finden Militäreinsätze zur Durchsetzung ökonomischer Interessen statt, so wird darüber der Mantel des Schweigens gehüllt. Militärische Einsätze zur Durchsetzung deutscher Interessen scheinen durchaus gewollt zu sein....

Sabine Lösing, MdEP 31. Mai 2010

Abrüstung statt Sozialabbau!

**MILLIONEN
FÜR DEN FRIEDEN**

Statt Milliarden für den Krieg!

**Kein Werben fürs Sterben!
Protest gegen das Bundeswehr-Gelöbnis
am 30. Juli 2010 in Stuttgart!**

**Nein zur Normalisierung von Krieg!
Nein zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr!
Nein zu öffentlichen Gelöbnissen!
Für eine Welt ohne Krieg!**

**Gegen das öffentliche Gelöbnis
am 30. Juli 2010 in Stuttgart!**

**für die Friedensbewegung in
Baden-Württemberg**

Impressum

Die Friedensblätter werden für die Friedensbewegung in Baden-Württemberg herausgegeben vom baden-württembergischen Förderverein für Frieden, Abrüstung und Internationale Zusammenarbeit e.V. (Spreuergasse 45, 70372 Stuttgart) in Zusammenarbeit mit dem Friedensnetz Baden-Württemberg.

Im Friedensnetz arbeiten u. a. folgende Friedensgruppen und -organisationen mit: Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Deutscher Freidenkerverband (DFV), Deutsche Kommunistische Partei, DIE LINKE, Friedens AK Wiesloch, Friedensbüro Heilbronn, Friedensgruppe Ditzingen, Friedensgruppe Heidenheim, Friedensgruppe Reutlingen, Friedensinitiative Bruchsal, Friedensinitiative Feuerbach, Friedensinitiative Hallschlag/Bad Cannstatt, Friedensinitiative Leonberg, Friedensinitiative Pforzheim/Enzkreis, Friedensinitiative Neckarauer Bürgerinnen und Bürger, Friedensinitiative Schorn-dorf, Friedensinitiative Waiblingen, Friedensnetz Calw, Friedensplenum Mannheim, Friedensplenum Tübingen Antikriegsbündnis, Horber Initiative für den Frieden, Horkheimer Friedenskreis Heilbronn, Industriegewerkschaft Metall Bezirk Stuttgart, Informationsstelle Militarisation Tübingen, Initiative für Frieden und Abrüstung Backnang, Jungsozialisten in der SPD, Karlsruher Friedensbündnis, Naturfreundejugend Baden, Ökumenische Initiative Ohne Rüstung Leben, Vereinigte Dienstleistungsgesellschaft ver.di, Touristenverein Die Naturfreunde Württemberg und Baden, Verantwortung für den Frieden Gruppe am Forschungszentrum Karlsruhe, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten. (VVN-BdA)

Die Beiträge im Heft sind von der Redaktion ausgewählt und nicht mit allen Herausgebern abgestimmt. Sie geben die Meinung der jeweiligen AutorInnen aus unterschiedlichen Spektren der Friedensbewegung wieder.

Anschrift von Redaktion, Abo- und Anzeigenverwaltung:

Spreuergasse 45, 70372 Stuttgart, Tel 0711-63 68 240, Fax 60 07 18, Email friedensblaetter@friedensnetz.de

Titelbild: Ulla Ermen

Redaktion: Thomas Mitsch (V.i.S.d.P.), Dieter Lachenmayer

Die Friedensblätter erscheinen mind. 4 mal jährlich, in der Regel ergänzt durch kurze Extra-Ausgaben zu wichtigen Anlässen. Das Jahresabo kostet EUR 14. Darüber hinaus werden Spenden dringend benötigt.

Bankverbindungen:

Abos, Rechnungen, Spenden:

Paul Russmann, Sonderkonto Friedensnetz, Kto.Nr. 65 20-706 bei der Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70

Spenden (Spendenquittung nach Ablauf des Jahres): Bad.-Württ. Förderverein Frieden e.V., Kto.Nr. 1963 74-704 bei der Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70 oder Kto.Nr. 563 131 004 bei der Volksbank in Stuttgart BLZ 600 901 00. (Für Mitglieder und fördernde Mitglieder des Vereins ist der Bezugspreis der Friedensblätter im Beitrag enthalten.)

<http://www.friedensnetz.de>